Abend-Ausgabe. Nr. 286 Montag, 21. Juni 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.90, durch Postbezug RM. 3.90 einschl. 47,60 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1065 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe „Dresdner Nachrichten". Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Frankreich sucht eine neue Regierung

Rücktritt Blums – Nächtliche Verhandlungen im Elysee

Paris, 21. Juni.

Ministerpräsident Blum ist mit den Mitgliedern seiner Regierung gegen 3 Uhr im Elysee erschienen und hat dem Präsidenten der Republik den Gesamtrücktritt eingereicht. Sofort, nachdem die ehemalige Regierung das Elysee verlassen hatte, nahm Präsident Lebrun seine Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung auf.

Wie man in gut unterrichteten Kreisen erklärt, hat der Staatspräsident Camille Chautemps, der als Staatsminister ohne Portefeuille dem Kabinett Blum angehörte, zurückbehalten und mit ihm seine ersten Besprechungen eröffnet. Staatspräsident Lebrun verhandelte ferner mit Senatspräsident Jeanneney. Jeanneney verließ um 8,35 Uhr das Elysee, während Chautemps weiter bei dem Präsidenten der Republik zurückblieb. Um 8,40 Uhr erschien dann Kammerpräsident Herriot.

Die amtliche Mitteilung

Um ¼6 Uhr wurde vom Elysee folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Der Präsident der Republik empfing heute früh um 8 Uhr den Ministerpräsidenten Blum und die Mitglieder des Kabinetts, die gekommen waren, um den Rücktritt der Regierung zu unterbreiten. Präsident Lebrun dankte den Herren für ihre Mitarbeit und beauftragte sie, die laufenden Geschäfte weiterzuführen. Nachdem er sich mit dem Ministerpräsidenten Leon Blum besprochen hatte, berief der Staatspräsident den Präsidenten des Senats, Jeanneney, den Kammerpräsidenten Herriot und den Staatsminister Chautemps zur Beratung zu sich.

Abschließende Erklärung Blums

Ministerpräsident Blum empfing um 2,35 Uhr die Presse und teilte ihr den Rücktrittsbeschluß seiner Regierung mit. Er erklärte, der Senat habe die notwendigen Vollmachten zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten verweigert. Die Regierung sei einmütig zu der Ansicht gekommen, daß sie durch diese Haltung des Senats zum Rücktritt gezwungen sei, obwohl sie der Mehrheit der Kammer sicher sei.

Nach dem Empfang der Presse erließ Leon Blum folgende abschließende Erklärung:

„Nach langer Beratung hat die Regierung beschlossen, dem Präsidenten der Republik den Rücktritt einzureichen. Die Prüfung des Abstimmungsergebnisses über das Gegenprojekt Herrier ließ keinerlei Hoffnung mehr, vom Senat die Annahme des vom Linksausschuß der Kammer ausgearbeiteten Vorschlages, der in den Augen der Regierung das Aeußerste an Vermittlungsbemühungen darstellte, zu erreichen. Der von uns zum Handeln als unerläßlich erachteten Mittel beraubt, ziehen wir uns zurück.

Bevor wir uns trennen, haben wir doppelte Pflichten zu erfüllen. Wir drücken unsere tiefste Dankbarkeit der Mehrheit der Kammer und unseren Freunden des Senats aus, die seit einem Jahr unsere Bemühungen mit so viel Beständigkeit und Ergebenheit unterstützt haben. Sodann richten wir an alle diejenigen im ganzen Lande, die sich in der Volksfront zusammengeschlossen haben, den dringenden Appell, daß sie das Höchstmaß ihrer Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren. Die Uebertragung der Macht muß sich unbedingt ruhig und friedlich, gemäß der republikanischen Legalität, vollziehen. Das Interesse des Landes erfordert es. Wir bitten alle unsere Freunde in ganz Frankreich, uns zu hören und somit uns diesen neuen Vertrauensbeweis abzugeben."

Kommunisten fordern neue Volksfrontregierung

Der Generalsekretär der kommunistischen Kammergruppe, Duclos, erklärte beim Verlassen des Ministerpräsidiums, daß nach seiner Ansicht jetzt nur eine neue Volksfrontregierung in Frage komme. Die Kommunisten haben bekanntlich schon vor einigen Tagen beschlossen, sich gegebenenfalls an einer neuen Volksfrontregierung zu beteiligen.

Unwillen des Staatspräsidenten

Zu der nächtlichen Beratung der Regierung verlautet noch, daß der Präsident der Republik Leon Blum hatte wissen lassen, daß er einen Rücktritt des Kabinetts ohne eine Vertrauensabstimmung im Senat nicht verstehen würde. Bisher hatte es bekanntlich die Regierung vermieden, die Vertrauensfrage zu stellen. Der Ministerpräsident und mit ihm die meisten Minister sollen jedoch im Gegensatz zum Staatspräsidenten den Standpunkt vertreten haben, daß die zweimalige Ablehnung des Senats als ein Mangel an Vertrauen und damit als ein ausreichender Grund zu einem Rücktritt angesehen werden müsse. Es heißt, daß sich die Radikalsozialisten dieser Ansicht Blums nicht ohne weiteres anschlössen aus dem Wunsch heraus, eine Vertiefung der Spannungen zwischen Kammer und Senat zu vermeiden.

An dem entscheidenden Ministerrat hatten zuletzt auch die Vorsitzenden sämtlicher Linksgruppen der Kammer sowie der Vorsitzende des Finanzausschusses der Kammer teilgenommen.

Chautemps hat die Regierungsbildung übernommen

Paris, 21. Juni.

Der Präsident der Republik empfing am Montag früh, kurz nach 7,30 Uhr, Camille Chautemps und hat ihn mit der Regierungsneubildung beauftragt. Chautemps hat den Auftrag grundsätzlich angenommen und wird in Kürze dem Staatspräsidenten seine endgültige Antwort geben.

•

Camille Chautemps wurde 1885 geboren. Er kam aus der Advokatenlaufbahn und gelangte in das Parlament erstmalig im Jahre 1910. In der Kammer unterstützte er zunächst die Politik Poincarés, wandte sich aber später von diesem ab. Er war nach dem Kriege mehrmals Minister des Innern. 1930 übernahm er an Stelle von Daladier den Vorsitz der radikalsozialen Fraktionsgruppe. Als er im Februar 1930 selbst zur Regierungsbildung schritt, wurde er bei seiner Vorstellung vor der Kammer sogleich wieder gestürzt. Im November 1933 bildete er dann wieder ein Kabinett, das jedoch in Zusammenhang mit der allgemeinen Stimmung nach dem Bayonner Finanzskandal nach zwei Monaten zurücktreten mußte. Im letzten Kabinett Blum war Chautemps Staatsminister ohne Geschäftsbereich.

Das erste Echo in der Pariser Presse

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Juni.

Die Pariser Morgenblätter beschäftigen sich noch nicht eingehender mit dem Rücktritt des Kabinetts Blum, sondern verzeichnen zunächst einmal in großer Aufmachung und breiter Darstellung den dramatischen Verlauf des gestrigen Tages und der letzten Nacht. Wenn im allgemeinen Voraussagen fehlen, so taucht doch in einigen linksbürgerlichen Zeitungen die Lesart auf, daß Chautemps eine Regierung zustande bringen könnte. Man sieht aber mit einiger Besorgnis dem heute nachmittag von den marxistischen Gewerkschaften angeordneten Demonstrationsstreik der Bauarbeiter entgegen, da man befürchtet, daß dieser Demonstrationsstreik Nachahmung finden könnte. Daß die Kommunisten eine neue Volksfrontregierung propagieren, ist nicht weiter verwunderlich, nachdem sie in der Kammer durch ihr Eintreten für Blum bekanntlich versucht hatten, die Regierung Blum zu halten. Die größte Schwierigkeit liegt naturgemäß darin, daß ein Finanzprogramm gefunden werden muß, welches der Ebbe in den Staatskassen ein Ende macht und für die nötigen Einnahmen sorgt, was nun nicht ohne Steuer- und Tariferhöhungen möglich sein wird. Es ist auch wohl anzunehmen, daß gerade diese Sorge um die Staatsfinanzen die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung beschleunigen wird.

Ein Teil der rechtsbürgerlichen Blätter verzeichnet mit Genugtuung die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts Blum. „Echo de Paris" weist darauf hin, daß es nur unter derartigen politischen Umständen, wie sie augenblicklich in Frankreich herrschten, möglich gewesen sei, daß eine Regierung ihren Rücktritt so lange hinauszögern könnte, nachdem sie vom Senat in einer so eindeutigen Weise abgefertigt worden sei.

„Jour" ist empört über die Ausführungen Blums im Senat. Diese seien schon keine Drohung gegen den Senat mehr gewesen, sondern ein Appell an die Straße. Sollten die Radikalsozialen eine neue Regierung ohne die Extremisten und Bolschewisten auf die Beine stellen, so müßten sie die begangenen Fehler vermeiden. „Petit Parisien" erklärt, die Mehrheit der Volksfront sei durch den Rücktritt nicht berührt. Der Senat habe durch seine Stellungnahme dem Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Blum, eine Abgangsmöglichkeit verschafft, die dieser und seine Freunde als ausgezeichnet betrachten. Der rechtsgerichtete „Ami du Peuple" stellt fest, daß das „Experiment Blum" in der Erinnerung der Zeitgenossen und in der Geschichte des französischen Volkes eins der schlechtesten Andenken zurücklassen werde, die Frankreich überhaupt habe.

Das Blatt Leon Blums, der marxistische „Populaire", und die übrige Pariser Linkspresse sind entrüstet über den Senat. „Populaire" lobt die Arbeit der Regierung Blum und spricht von Volksfeinden, denen die Mittel zur Bekämpfung einer solchen Regierung gefehlt hätten, bis sie sich den Senat gefügig gemacht hätten. Der Senat werde seine Haltung vielleicht noch teuer zu bezahlen haben.

Nach dem Rücktritt Blums

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist Tatsache geworden, was wir bereits in unserer Sonntagsausgabe ankündigten: Die Regierung Blum ist zurückgetreten. Bis zur letzten Minute vor dem Rücktrittsbeschluß rissen die Bemühungen nicht ab, einen anderen Ausweg aus der Krise zu finden, einen Ausgleich, der dem Ministerpräsidenten das Verbleiben im Amte ermöglichen konnte. Zwischen der französischen Kammer und dem Senat und zwischen Leon Blum und dem Senat war ein offener Konflikt ausgebrochen, der sich um die Tragweite der Ermächtigungsgesetze drehte, die der Ministerpräsident gefordert hatte. Dem Senat gingen die beantragten Vollmachten zu weit. Vor allem wollte er nicht auf sein Kontrollrecht verzichten. Ausgangspunkt der Krise waren die fehlenden Milliarden in Frankreichs Staatskassen. Die Mittel des Schatzamtes waren erschöpft, und im Ausgleichsfonds waren ausreichende Bestände an Gold und Devisen zur Verteidigung der Währung nicht mehr vorhanden. Die vom Finanzminister geforderten Vollmachten sollten die Regierung ermächtigen, bis zum 31. Juli alle für die Wiedergesundung der Finanzen und und den öffentlichen Kredit notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Gedanke einer neuen Abwertung des Franken wurde in die Waagschale geworfen, vor der Sachverständige mit der Begründung warnten, eine neue Abwertung könne die Finanzlage des Staates um höchstens drei Milliarden Franken erleichtern, bedeute also keineswegs eine wirksame Hilfe. Ueberdies sei eine solche Maßnahme überaus gefährlich im Hinblick auf die Wirtschaft und nicht zuletzt im Hinblick auf die internationalen Folgen. Sie würde die Währungsvereinbarungen des mit Amerika und England abgeschlossenen Dreierabkommens hinfällig machen. Die beiden technischen Sachverständigen im Währungsausgleichsausschuß Rist und Baudoin traten zurück. In ihren Rücktrittsschreiben sollen sie als einzige Rettungsmöglichkeit bezeichnet haben 1. die Zwangskonvertierung der Staatsrenten, 2. zehn Milliarden neue Steuern. Tatsächlich hatte die Regierung wohl die Absicht, neue Einnahmequellen zu schaffen durch eine Erhöhung der Postgebühren und der Tabaksteuer. Weiter sollten die Eisenbahngesellschaften aufgefordert werden, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und dieses Gleichgewicht durch eine Erhöhung der Tarife herzustellen. Damit Hand in Hand gingen Pläne zur zwangsweisen Heimbeschaffung der Fluchtkapitalien und zur Verhinderung weiterer Kapitalflucht. Der Sozialist Blum beabsichtigte, den „Streik des Kapitals", wie er es nannte, zu brechen. Absichtlich wurde aber in einem gewissen Nebel gehalten, welche Maßnahmen die Regierung im einzelnen zu treffen gedachte. Ueber die volle Tragweite der geforderten Ermächtigungen und den Gebrauch, den die Regierung von ihnen zu machen gedachte, war ein Schleier gebreitet, der in den Kammerdebatten und im Finanzausschuß des Senats nicht gelüftet wurde.

Das Bezeichnende des Rücktritts Blums ist, daß die Möglichkeiten zu einer Einigung zwischen Kammer und Senat nicht voll ausgenutzt worden sind. Der Senat hatte ein großes Entgegenkommen bewiesen, das er wohl auch noch erweitert haben würde. Er hatte es nicht darauf abgesehen, die Regierung zu stürzen. In der Kammer verfügte Blum über eine ausreichende Mehrheit, zumal die Kommunisten bei den Abstimmungen ihre eigentlichen Grundsätze aus Liebe zur Volksfrontregierung, unter deren Deckmantel ihr Weizen blüht, ohne Gewissensbedenken zurückstellten. Am Sonnabend und Sonntag bis spät in die Nacht hinein bedrängten die Ministerkollegen Leon Blum, den letzten Schritt nicht zu vollziehen. Aber der Ministerpräsident war seines Amtes herzlich müde. Er war nicht mehr gewillt, die Verantwortung für die Lasten zu tragen, die durch die Politik der Volksfrontregierung selbst ihren bedrohlichen Umfang erreicht hatten. Ein anderer darf sich jetzt bemühen, die Karre aus dem Sumpfe zu ziehen, und das Ganze ist gewiß kein Spiel, das dem Ansehen der Demokratie und des Parlamentarismus förderlich ist.

Etwas länger als ein Jahr hatte die Volksfrontregierung in Frankreich das Staatsruder in der Hand, eine für französische Verhältnisse angesichts des häufigen Wechsels der Kabinette beträchtliche Zeit. Eine solche Dauer hätte ihm von vornherein auch niemand zugebilligt. Von einer Krise der Regierung Blum war die Rede, solange sie bestand. In keinem Augenblick beruhte ihre Stärke in ihrer eigenen Kraft. Dauernd mußte sie mit der Nebenregierung der Gewerkschaften rechnen und weitgehend auf die Kommunisten Rücksicht nehmen, die ihre letzten Anweisungen von Moskau empfingen. Auch in der rechtsgerichteten Presse Frankreichs wurde die Volksfrontregierung häufig als der „Gefangene Sowjetrußlands" bezeichnet. Die außenpolitischen Folgen dieser Abhängigkeiten sind bekannt. Daß das Kabinett Blum so lange am Leben blieb, verdankte es in der Hauptsache nur dem Umstand, daß nirgends eine tragfähige Mehrheit zu finden war, die die Nachfolgeschaft hätte antreten können. Insbesondere verhinderte die Zerfahrenheit auf der Rechten das Zustandekommen einer Opposition, die neben dem Nein gegenüber den Experimenten Blums auch große positive Gedanken entwickelt hätte. Diese Verhältnisse haben natürlich durch den Rücktritt Blums keinen grundlegenden Wandel erfahren. So ist zur Zeit völlig offen, ob es in Paris gelingen wird, eine dauerhafte neue Regierung auf die Beine zu stellen, wie es die schwierige Lage des Landes an sich erfordern würde, oder ob wir wieder Zeugen des Schauspiels rasch wechselnder Kabinette sein werden, wie wir es schon oft erlebten. Für nicht ausgeschlossen halten wir die Neuauflage einer Linksregierung, mit oder ohne Unterstützung durch die Kommunisten. Zu einem grundsätzlichen Wandel scheinen uns jedenfalls die Verhältnisse in Frankreich noch nicht reif zu sein.

SLUB
Wir führen Wissen.